

Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!



Das Arbeitsklima in der Bundesregierung ist nach wie vor gut und an der Sache orientiert. Punkt für Punkt werden die Verabredungen aus dem Koalitionsvertrag in Angriff genommen. Das in diesen Tagen auf den Weg gebrachte Elterngeld ist ein wichtiger Schritt hin zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einem der Kernanliegen von CDU/CSU. Danach erhält ein zuvor berufstätiger Elternteil ab dem kommenden Jahr im ersten Lebensjahr des Kindes 67 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Beteiligt sich auch der andere Elternteil mindestens zwei Monate an der Elternzeit, kann die Bezugsdauer auf insgesamt 14 Monate ausgedehnt werden.

Gemäß der Koalitionsvereinbarung wird ab dem 01. Januar 2007 jedoch auch die sogenannte Reichensteuer, also die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Höchstverdiener um drei Prozent kommen. Sie greift ab einem Jahreseinkommen von 250.000 EUR für Ledige und 500.000 EUR für Verheiratete. Eine völlige Streichung oder Verschiebung auf das Jahr 2008 war mit der SPD nicht zu machen. Dennoch ist es uns als CDU/CSU gelungen, zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft zu vermeiden. Denn auf den

drei-prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer werden gewerbliche Einkünfte nunmehr doch nicht angerechnet werden. Dies hätte insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen getroffen und wäre Gift für die sich belebende Konjunktur. Darüber hinaus wurde auf Druck von CDU/CSU verabredet, schon vor Inkrafttreten der Unternehmenssteuerreform im Jahr 2008 weitere Steuererleichterungen für die Wirtschaft zu schaffen.

Besonders erfreulich ist jedoch, dass sich das gleich zu Beginn der Regierung Merkel vereinbarte Gesetzespaket für Wachstum und Beschäftigung bereits jetzt bemerkbar macht. So prognostizieren die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten für 2006 ein Wachstum von 1,8 Prozent. Damit haben sie ihre Prognose von 1,2 Prozent aus dem Herbst 2005 deutlich nach oben korrigiert. Dies bedeutet das stärkste Wirtschaftswachstum seit 2000. Ebenso weist der Arbeitsmarkt in eine positive Richtung. Die Zahl der Erwerbslosen lag im April bei 4,79 Mio. und damit um über 260.000 niedriger als im selben Monat des Vorjahres. Dies ist noch kein endgültiger Durchbruch, zeigt aber, dass wir auf dem richtigen Weg sind und diesen weiter - wenn möglich noch konsequenter - beschreiten müssen. So werden seitens der Wirtschaftsforschungsinstitute die Erhöhung der öffentlichen Investitionen und Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie die Abschreibungsvergünstigungen ausdrücklich als einer der wichtigsten Gründe für den beginnenden Aufschwung gewürdigt.

Aber diese Erfolge der Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel sind für alle Beteiligten kein Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Die kommenden Wochen und Monate werden zeigen, ob es der Großen Koalition gelingt, weitere wichtige Reformprojekte anzugehen bzw. zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Dazu gehört auch eine sozial gerechte und sozial verträgliche, aber auch marktorientierte Gesundheitsreform. Wenn das Arbeitsklima zwischen CDU/CSU und SPD weiterhin so gut und an der Sache orientiert bleibt, kann auch dieser Prüfstein bewältigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt, MdB
Vorsitzender der Landesgruppe

Bund trägt Mitverantwortung für Sanierung des Berliner Landeshaushaltes



Die Verantwortung besteht unabhängig vom Ausgang des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht über Entschuldungsbeihilfen. Sie ergibt sich aus vorangegangenen Tun. Schließlich

hat der Bund bis zur Deutschen Einheit u.a. ca. 50 Prozent des Landeshaushaltes finanziert. Berlinhilfe und Berlinförderung wurden Anfang der neunziger Jahre innerhalb von nur vier Jahren stark zurückgefahren bzw. abgeschafft. Das dadurch erzielte Einsparvolumen macht nach Aussagen des Bundesfinanzministeriums mehrere Milliarden im Jahr aus und summiert sich bis heute auf einen Betrag von über 50 Mrd. Euro: der größ-

te Subventionsabbau in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Einnahmeausfälle konnte das Land Berlin in einer Zeit, in der es die ehemals getrennten Stadthälften zusammenführen musste, nicht verkraften. Den großen Personalbestand im öffentlichen Dienst und die hohe Förderung für den Wohnungsbau in der Mieterstadt Berlin mit langfristigen Belastungen für die Landeshaushalte hatte der Bund gewollt und mitfinanziert. Dass er sich nach 1994 überstürzt aus der Finanzierung zurückzog, legte den Grundstein für die heutige Schuldenmisere.

Die Behauptung des Berliner Finanzse-

nators Sarrazin (SPD), die Stadt habe lediglich ein Ausgabenproblem, greift zu kurz und machte die Klagebegründung unzureichend. Die Klage selbst ist berechtigt. Sie unterscheidet sich grundlegend von vergleichbaren Versuchen Bremens und des Saarlandes, Sanierungsbeihilfen zu erlangen. Beide hatten weder vereinigungsbedingte Sonderlasten noch den Ausgleich wegfallender Subventionen zu bewältigen. Etwa 50 Prozent der Berliner Schulden müssen in den Erblastentilgungsfonds überführt werden.



(c) Deutscher Bundestag

gungsbedingte Sonderlasten noch den Ausgleich wegfallender Subventionen zu bewältigen. Etwa 50 Prozent der Berliner Schulden müssen in den Erblastentilgungsfonds überführt werden.

Von Peter Rzepka, MdB, Mitglied des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages

Mittelstand entfesseln - Bürokratie abbauen



Gerade kleine und mittlere Betriebe sind überproportional stark von bürokratischen Kosten betroffen. Diese Unternehmen sind im Gegensatz zu Großkonzernen oftmals nicht in der Lage, z.B. in Form einer ent-

sprechenden Personaldecke, dieser zusätzlichen Belastung entsprechend zu begegnen.

Die durch unnötige Bürokratie entstandenen Belastungen sind heute die wahrscheinlich größte Wachstumsbremse der deutschen Wirtschaft. Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung macht objektiv messbar, welche Kosten durch Bürokratie in Deutschland entstehen. Die Bonner Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, dass alleine durch 20 der insgesamt über 360 Meldungs-, Bescheinigungs- und Statistikpflichten die Unternehmen mit 1,9 Milliarden Euro belastet werden. Die

Bundesregierung hat deshalb das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ ins Leben gerufen, um dieses ungenutzte Potential für den wirtschaftlichen Aufschwung und den Erhalt bestehender sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu nutzen.

Neben der Einrichtung eines Normenkontrollrates, der auch aus unternehmerischer Perspektive Gesetze auf ihre Bürokratiekosten prüfen soll, dokumentiert die Vielzahl der Gesetzesinitiativen zum Abbau bürokratischer Hemmnisse (Mittelstandsentlastungsgesetz) den festen Willen der Bundesregierung, insbesondere mittelständische Unternehmen wirklich zu entlasten. Der Anfang ist gemacht. Trotzdem gibt es keinen Grund, sich auf dem bisher erreichten auszurufen: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine auf Einzelmaßnahmen beschränkte

Rechtsbereinigung nicht ausreicht. Die Bundesregierung muss nun den begonnenen Kurs radikal fortsetzen, um unsere Bürger und Unternehmen nachhaltig von der Fessel der Bürokratie zu befreien und somit ein kostenloses Arbeits- und Konjunkturprogramm zu starten.

Von Kai Wegner, MdB, Mitglied des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Kai Wegner (Mitte) im Gespräch mit dem Geschäftsführer von Haru Reisen Karsten Schulze (links) und Gerd von Brandenstein (rechts), Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg anlässlich einer Siemens-Werksbesichtigung

Was gehen uns die Ukraine und die Wahlen vom März 2006 an?



Die Ukraine ist mit 48 Millionen Einwohnern das größte Land zwischen Russland und der Europäischen Union. Früher zur Sowjetunion gehörend, macht sich das Land seit einigen

Jahren mit großen Schritten in die Demokratie auf: Es gibt Pressefreiheit und einen unbeschränkten Zugang der politischen Parteien zu den Medien. Mit einigen weiteren Bundestagsabgeordneten besuchte ich als Wahlbeobachter der OSZE einen ländlichen Regierungsbezirk zwischen Kiew und Tschernobyl. Wir wurden dabei als Deutsche überaus freundlich empfangen. Die Menschen zeigten sich über die politischen Verhältnisse bei uns gut orientiert, wir hätten eine Bundeskanzlerin und das wolle man in der Ukraine jetzt nachmachen durch die Wahl der Parteiführerin Julia Timoschenko zur Ministerpräsidentin. Man wolle demokratische Verhältnisse, mit der Diktatur sei es jedenfalls vorbei. Insgesamt waren die Wahlen hervorragend organisiert.

Der Ausgang der Wahl gibt der Ukraine eine langfristige demokratische Perspektive. Die Parteien der sog. „Orangen Revolution“ um Präsident

Juschtschenko und Julia Timoschenko haben rechnerisch eine Mehrheit im Parlament. Die Kommunisten sind von ca. 20 Prozent auf gut drei Prozent Stimmenanteil abgestürzt. Die von Moskau unterstützte Partei des früheren Präsidentschaftskandidaten Janukowytsch musste ebenfalls herbe Verluste hinnehmen, errang aber immerhin noch ca. 30 Prozent der Stimmen. Aber auch Janukowytsch und vor allem die hinter ihm stehenden mächtigen Industriellen wollen nicht mehr zurück in die Abhängigkeit Russlands, sondern das Land auch in Richtung der EU öffnen. Es liegt deshalb auch in unserem Interesse, der Ukraine eine europäische Perspektive zu geben und die Zusammenarbeit mit der Ukraine zu vertiefen. Aufgabe der deutschen und der europäischen Außenpolitik wird es zudem sein, den wichtigen Nachbarn Russland von dem Nutzen dieser Entwicklung zu überzeugen. Es wäre kurzsichtig zu versuchen, die Entwicklung dieser Region gegen den Widerstand Russlands durchzusetzen. Eine regionale Sicherheitsarchitektur, in die Russland einbezogen ist, wird ein wichtiger Schritt hin zu einer konstruktiven Rolle der Russischen Föderation in dieser Weltregion sein.

Von Karl-Georg Wellmann, MdB, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Endergebnisse der Parlamentswahl in der Ukraine vom 26.03.2006

Politische Parteien und Wahlbündnisse	% nach Parteilisten	Anzahl der Mandate
Partei der Regionen	32,14%	186
Block Julia Timoschenko	22,29%	129
Block Nascha Ukraina	13,95%	81
Sozialistische Partei der Ukraine	5,69%	33
Kommunistische Partei der Ukraine	3,66%	21
Block Natalija Witrenko	2,93%	-
Block Lytwyn	2,44%	-
Block Kostenko-Pljuschtsch	1,87%	-
Partei „Witsche“ (Bohoslowska)	1,74%	-
Block Pora/PRP	1,47%	-

Koalition einigt sich auf Elterngeld

Union und SPD haben sich im Koalitionsausschuss auf das sogenannte Elterngeld geeinigt. Demnach soll das Elterngeld für zwölf Monate gezahlt werden. Hinzu kommen zwei Partnerschaftsmonate, wenn auch der andere Partner für die Kinderbetreuung seine Berufstätigkeit unterbricht. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen erklärte, das Elterngeld sei ein „ganz wichtiger Baustein“, um Eltern Mut und Möglichkeiten für Kinder zu geben.

Fraktionsvorsitzender: Unternehmensteuerreform kommt pünktlich

Im Interview mit dem Handelsblatt hat CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder erneut betont, bei der für 2008 geplanten Unternehmensteuerreform eine rechtsformneutrale Besteuerung erreichen zu wollen. Eine Nettoentlastung sei nur möglich, wenn es finanziell darstellbar sei. Auf keinen Fall dürfe es aber zu einer Mehrbelastung von Unternehmen kommen, sagte Kauder: „Viele kleine Handwerksbetriebe unterliegen dem niedrigen Eingangssteuersatz, weil die wirtschaftliche Lage so schwierig ist. Deswegen muss man bei einer rechtsformneutralen Besteuerung schauen, dass es für genau diese Firmen nicht zu Verschlechterungen kommt.“

Deutschland verliert eine herausragende Persönlichkeit

Anlässlich des Todes des Präsidenten des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder: „Mit Paul Spiegel verliert Deutschland eine herausragende Persönlichkeit und einen engagierten Kämpfer gegen den Antisemitismus und für die christlich-jüdische sowie für die deutsch-israelische Freundschaft. [...] Paul Spiegel hat das Gespräch mit der Politik und mit den christlichen Kirchen aktiv gesucht und durch eigene Ideen und Vorschläge bereichert. Wir trauern um Paul Spiegel, der für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stets ein offener, kompetenter und Impuls gebender Ansprechpartner gewesen ist.“

Religionsunterricht erzieht zu Nächstenliebe und Gewaltfreiheit

Aus Anlass der bekannt gewordenen Misststände an der Neuköllner Rütli-Hauptschule machte der Bundestag diese Vorfälle zum Thema der Aktuellen Stunde im Plenum. Als Berliner Abgeordnete und ordentliches Mitglied im Bildungsausschuss sprach Prof. Monika Grütters für die CDU/CSU-Fraktion im Parlament. „Bundestag aktuell“ berichtet aus der Plenardebatte.

Hilferuf verzweifelter Lehrer ignoriert

Für die Abgeordnete Prof. Grütters ist es kein Zufall, dass Zustände, wie sie inzwischen fast überall in der Bundesrepublik existieren, zuerst hier in Berlin-Neukölln an das Licht der Öffentlichkeit getragen wurden. Schwere Vorwürfe richtete sie gegen den SPD-Bildungssenator Klaus Böger, der die Situation noch ignorierte, als verzweifelte Lehrer sich bereits Hilfe suchend an ihn gewandt hatten. Die



Grütters: „Zustände an der Neuköllner Rütli-Hauptschule sind kein Zufall.“

wachsenden Probleme durch mangelnde Integration von Migranten und ein Leben in regelrechten Sozialhilfedynastien wurden jahrelang tatenlos hingenommen. Jugendgewalt und Bildungsmisere sind die Folgen einer verfehlten Politik von Rot-Rot.

Als Anmaßung kritisierte Monika Grütters vor diesem Hintergrund die Entscheidung des rot-roten Senats, Eltern und Heranwachsenden in Berlin einen staatlichen Werteunterricht vorzuschreiben, statt sie wählen zu lassen, ob sie nicht besser Religionsunterricht hätten. Nachdrücklich plädierte sie für die Wahlfreiheit zwischen christlichem Religionsunterricht und anderen Unterrichtsangeboten.

Verantwortung auch im Elternhaus

Schule und Gesellschaft dürfen bei Problemen nicht wegschauen, doch die Hauptverantwortung der Erziehungsarbeit liegt im Elternhaus. Wenn Eltern diese nicht wahrnehmen können oder wollen, müssen in die Sanktionsmaßnahmen gegen auffällige Schüler auch die Eltern einbezogen werden. Spürbare finanzielle Sanktionen oder gar die Gefährdung des Aufenthaltsstatus – das verstehen auch diejenigen, die der deutschen Sprache unkundig sind – so Monika Grütters.

Es ist in ihren Augen eine regelrechte Unverfrorenheit des Senats, von den Eltern einerseits Verantwortungsbeusstsein bei der Erziehungsarbeit zu fordern und ihnen andererseits einen Religionsunterricht vorzuenthalten, in dem es um Nächstenliebe, Friedfertigkeit und Gewissensbildung geht. Nachdrücklich trat Monika Grütters daher erneut ein für die Wahlfreiheit zwischen christlichem Re-

ligionsunterricht und anderen Unterrichtsangeboten an Berliner Schulen.

Nationaler Aktionsplan Integration

Ausdrücklich plädierte sie für die Förderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach einem nationalen Aktionsplan Integration, an dem nicht nur Bund, Länder und Kommunen, sondern auch Tarifpartner, Kirchen und Wohlfahrtsverbände teilnehmen. Dass Zustände wie in Neukölln behoben werden, dass Jugendliche und ihre Familien mit Migrationshintergrund nicht am Rand der Gesellschaft, sondern in ihr leben, ist für Monika Grütters eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin